



**OWG-UWG e. V.**

Vorsitzender  
Stefan Wiechert  
☎ + 49 02171 41357  
Kölner Str. 85  
51379 Leverkusen  
stefan.wiechert@owg-uwg-leverkusen.de

Leverkusen, den 18.03.2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei finden sie die Ausarbeitung zu ihrem Fragenkatalog „Wirtschaft braucht optimale Rahmenbedingungen“ seitens der „Freie Wähler OWG-UWG“.

Die Charakteristik der freien Wähler ist es immer gewesen, verschiedenste Informationen aufzunehmen und zu werten um daraus eine gefestigte übergreifend akzeptierte Meinung zu bilden. Dies spiegelt sich nunmehr auch in den Antworten der „Freie Wähler OWG-UWG“ wieder.

Das Grundsatzprogramm der „Freie Wähler OWG – UWG“ ist (weil bedeutend umfangreicher) noch in den letzten Abstimmungsphasen – allerdings bezüglich der angefragten Punkte kongruent.

Wir weisen hier ausdrücklich darauf hin, dass unsere Politik ausgerichtet ist auf Optimierung von Prozessen, um allen Beteiligten die Möglichkeit zu geben ihre Ansprüche weitestgehend zu realisieren. Insoweit sind wir auf Kooperationen und Gespräche angewiesen – hier hoffen wir sehr auf gute Zusammenarbeit und ergebnisorientierte Gespräche gerade auch mit der Wirtschaft.

Das beiliegende Positionspapier wurde am 12.03.2009 durch Mitglieder des erweiterten Vorstand der „Freie Wähler OWG – UWG“ beschlossen und ausdrücklich befürwortet (siehe Unterschriften). Diesem erweiterten Vorstand gehören neben der Vereinsführung auch die Fraktionsführung und verschiedenste Listen-, Bezirks- und Wahlkreiskandidaten an.

„Wohlfühlstadt Leverkusen – zukunftsfähig und lebenswert“

Mit freundlichen Grüßen

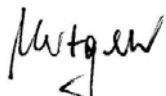
gez. Volker Ahrens  
(Kandidat Kommunalwahl 2009)



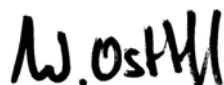
Peter Hochhard  
(2. Vorsitzender „Freie Wähler OWG-UWG“;  
Kandidat Kommunalwahl 2009)



Günter Leyer  
(Schriftführer „Freie Wähler OWG-UWG“;  
Kandidat Kommunalwahl 2009)

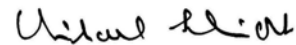


Alfred Mertgen  
(Mitglied des Rates;  
Oberbürgermeisterkandidat „Freie Wähler OWG-UWG“)



Winfried Osthoff  
(Fraktionsgeschäftsführer „Freie Wähler OWG-UWG“;  
Kandidat Kommunalwahl 2009)

gez. Wolfgang Spatzier  
(Kandidat Kommunalwahl 2009)



Michael Schmidt  
(Mitglied des Rates;  
Kandidat Kommunalwahl 2009)



Reimund Vozelj  
(Mitglied des Rates;  
Kandidat Kommunalwahl 2009)



Stefan Wiechert  
(1. Vorsitzender „Freie Wähler OWG-UWG“;  
Kandidat Kommunalwahl 2009)

gez. Hermann Wichmann  
(Kandidat Kommunalwahl 2009)



Thomas Wolf  
(Fraktionsvorsitzender  
„Freie Wähler OWG-UWG“;  
Kandidat Kommunalwahl 2009)

\*\*\*\*\*

## **"Wirtschaft braucht optimale Rahmenbedingungen"**

Kommunalwahlen 2009: IHK Köln wendet sich mit Positionen, Fragen und Erwartungen an die Politik in der Stadt Leverkusen (10.10.2008)

## **„Kommunalpolitik braucht Information, Fachexpertise und Verlässlichkeit“**

*Kommunalwahlen 2009 : „Freie Wähler OWG-UWG“ suchen Gespräche und beantworten Fragen, beziehen Stellung und weisen auf Chancen und Risiken hin, um gemeinsam mit der Wirtschaft die „optimalen Rahmenbedingungen“ für alle Beteiligten zu schaffen. (März 2009)*

\*\*\*\*\*

## **Haushalt und Finanzen**

### **Kommunale Haushalte - Chancen nutzen, Spielräume erweitern**

Die Wirtschaft fragt:

Welche Möglichkeiten sehen Sie für weitere Einsparungen bei den Ausgaben, um den Sanierungsprozess zu beschleunigen und Gestaltungsspielräume zurück zu erlangen?

### **Freie Wähler OWG-UWG antworten:**

#### 1. Ausgangslage

Der an die Politik adressierte Fragenkatalog gibt kein Datum seiner Erstellung an. Gleichwohl ist er sehr leicht zeitlich zuzuordnen. Der erste Satz der Lagebeschreibung zum Thema "Kommunale Haushalte" beginnt mit der Aussage *"Angesichts der derzeit noch günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen..."*.

Noch vor wenigen Monaten erschien diese optimistische Feststellung richtig. Dann kam aber wie ein Blitz aus heiterem Himmel eine Finanzmarktkrise, wie sie so erschütternd kaum jemand erahnt hat. Die konjunkturellen Rahmenbedingungen sind also zunächst wieder alles andere als günstig und die erwarteten Chancen vorläufig wieder verloren – ohne Verschulden der kommunalen Politik.

Der sich immer deutlicher zeigende Konjunkturunbruch hat Leverkusen und seinen Arbeitsmarkt längst erreicht.

Insbesondere sind die Automobilzulieferer - bedeutender Teil der lokalen Wirtschaft - davon betroffen, unmittelbar die Mitarbeiter der Unternehmen, mittelbar aber die Stadt und der städtische Haushalt.

#### Fazit der Situationsbeschreibung:

Entgegen den Erwartungen kann zunächst nicht mit wachsenden Einnahmen kalkuliert werden. Gleichzeitig bleiben aber die Ausgaben stabil bzw. wachsen, etwa im Personalbereich durch Tarifabschlüsse. Es zeigt sich, dass die Gestaltungsspielräume in der Haushaltspolitik vielfältig und massiv durch Vorgaben anderer staatlicher Ebenen beschränkt werden, die sich der Einflussnahme der kommunalen Politik entziehen.

## 2. Standpunkte

„Visionen mit Augenmaß“ – dies ist der Leitsatz der die Stadt Leverkusen in die nächsten Haushaltsjahre führen muss. Notwendig ist eine konsolidierende Haushaltspolitik, deren Ergebnisse die Politik schnellstens in die Lage versetzt, wichtige Projekte in Leverkusen anzugehen. Dazu gehört primär Kostendisziplin und interne Optimierungen – Ausgaben zu strecken ohne durch vernachlässigte Instandhaltungen neue Löcher aufzureißen. Wir sind der Meinung, dass Handlungsspielräume bereits heute existieren, die aber nicht genutzt werden. So sollte man versuchen, auch die Verwaltung (und das „Neue kommunale Finanzmanagement“ schafft dazu die Voraussetzung) unternehmerisch zu lenken. Diese Sichtweise haben wir bereits bei der Haushaltsplanberatung 2009 aktiv eingebracht.

Nach unserer Überzeugung bestehen noch erhebliche Potentiale zur Haushaltssanierung. Der Bericht des Gemeindeprüfungsamts ermittelt für die Stadt ein Gesamtpotential i. H. von 18 Mio €. Diese gilt es im Detail sorgfältig zu erfassen und - dort, wo sinnvoll - zu realisieren. Allein im Gebäude- und Flächenmanagement sind nach dem Bericht kurz- bis mittelfristig gut 8 Mio € Einsparungen möglich. Einsparmöglichkeiten bestehen darüber hinaus - trotz der in den zurückliegenden Jahren erheblichen Stellenreduzierung - im Bereich der Personalkosten. Eine weitere Stellenreduzierung setzt aber strukturelle Verbesserungen der Verwaltungshierarchie voraus. Entscheidungswege müssen verkürzt werden, Entscheidungskompetenzen und Verantwortung dezentral verlagert werden, der gesamte Verwaltungsapparat gestrafft werden. Das führt zu Personalkostenabbau, mehr Kundenzufriedenheit und hilft nicht zuletzt die Mitarbeitermotivation zu erhöhen.

Auch im Bereich der Politik kann eingespart werden. Die Reduzierung der Zahl der Ratsmandate ist überfällig. Zahl und Größe der Ausschüsse gehören auf den Prüfstand. Außerdem ist die Höhe der Zuwendungen an die Fraktionen kritisch zu überprüfen.

Die Aussage des Oberbürgermeisters im Entwurf der Haushaltssatzung 2009: *„Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist ein Haushaltsausgleich im Planungszeitraum bis 2012 nicht zu erreichen.“* ist unakzeptabel.

Vielmehr muss die Vorgabe sein:

Der für 2010 prognostizierte Eigenkapitalverzehr i. H. von ca. 35 Mio € nach vollständig aufgebrauchter Ausgleichsrücklage ist unbedingt zu vermeiden. Dazu ist allerdings auch eine verbesserte Ertragslage notwendig.

\*\*\*\*\*

\*\*\*\*\*

## **Gewerbesteuer - Wettbewerb beginnt**

Die Wirtschaft fragt:

Welche Möglichkeiten sehen Sie für eine Senkung des Gewerbesteuer-Hebesatzes?

### **Freie Wähler OWG-UWG antworten:**

Der Gewerbesteuerhebesatz liegt in Leverkusen spürbar höher als bei Kommunen im Umfeld, die mit Leverkusen um Industrie- und Gewerbeansiedlungen konkurrieren. Darüber hinaus liegt auch die Grundsteuer B viel zu hoch. Wer sich als Investor in Leverkusen niederlassen will, möchte aber in der Regel auch vor Ort wohnen und wird so gleich zweimal durch konkurrenzlos schlechte Steuersätze belastet. Hat er auch noch Kinder im Kindergartenalter, kommt als dritte Belastung ein Kindergartenbeitrag dazu, der Leverkusen ebenfalls einen höchst bedauerlichen "Spitzenplatz" bescheinigt.

Damit sind gleich 3 grundlegende Standortnachteile benannt, die Leverkusen einen schweren Stand auf dem "Investorenmarkt" beschere.

Man könnte jetzt schnell die Antwort bei der Hand haben

"Wir treten ein für die Senkung der Gewerbesteuer!"

### Richtig ist:

Gerade, weil Leverkusen nach dem Verlust zehntausender Arbeitsplätze in früher stadtbestimmenden Industrien vor der äußerst schwierigen Aufgabe eines grundlegenden Strukturwandels steht, wäre eine spürbare Senkung sowohl der Gewerbe-, wie auch der Grundsteuer ein wesentlicher Beitrag zur drastischen Verbesserung der Position auf dem Investorenmarkt und ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung der lokalen und regionalen Wirtschaft. Gerade, weil die Stadt hoch verschuldet ist, wäre ein solcher Einnahmeverzicht eine sinnvolle Investition in eine wirtschaftlich stabilere Zukunft.

### Fakt ist aber auch:

Die Stadt arbeitet im Nothaushalt, und das sicher noch einige Jahre lang. Der Regierungspräsident hat die Kontrolle über alle Ausgaben- und Investitionsmaßnahmen der Stadt.

Leverkusen muss vorläufig noch froh sein, wenn ihr durch den RP nicht noch eine Erhöhung der Steuersätze aufgezwungen wird. Äußerungen in diese Richtung hat es in der Vergangenheit bereits gegeben.

Zusammenfassend zu Ihrer Frage:

Wir halten die Gewerbesteuersenkung für sinnvoll.

\*\*\*\*\*

\*\*\*\*\*

## **Bürokratieabbau und Verwaltungsoptimierung – Effizienz durch Kooperation**

Die Wirtschaft fragt:

Warum verzichtet die Stadt Leverkusen auf die Zusammenarbeit?

Welche Einsparpotenziale bleiben dadurch ungenutzt?

### **Freie Wähler OWG-UWG antworten:**

Der Vorwurf mangelnder Kooperationsbereitschaft trifft die Stadt Leverkusen nicht wirklich. Die Stadt ist vielfältig eingebunden in regionale Verbände. Beim Einwerben von Investoren kooperiert die Stadt sowohl mit den Betreibern des Chempark, wie im Verbund der Region Köln-Bonn-Aachen-Bergische Kreise.

Die Fusion der Abfallwirtschaft Leverkusen und der beiden Bergischen Kreise war ohne Zweifel wichtig und richtig. Für ein angemessenes Kulturangebot für die Bürger dieser Stadt ist eine institutionalisierte Abstimmung mit der Bayer Kulturabteilung unabdingbar – und sollte weiter intensiviert werden. Dies ist umso wichtiger, je enger die Budgets der beiden Anbieter werden.

Dennoch: Kooperationen oder Fusionen sind nicht per se vorteilhaft.

Ein Beispiel - die Einbindung der Leverkusener Polizei in das Kölner Präsidium hat zunächst dazu geführt, dass die Erreichbarkeit der Polizei für den Bürger und die Einsatzleitplanung sich für Leverkusen nachteilig ausgewirkt haben. Bleibt zu hoffen, dass strukturelle Verbesserungen auf mittlere Sicht das ehemals vorbildliche Leverkusener Niveau zurück gewonnen wird.

Eine geplante Fusion der Sparkasse Leverkusen mit der Sparkasse Köln-Bonn, ist zum Glück, wie sich heute zeigt, nicht zustande gekommen. Als Mitglied der Haftungsgemeinschaft für die seit vielen Jahren desaströse West LB ist auch die Leverkusener Sparkasse belastet. In die Turbulenzen der Sparkasse Köln-Bonn durch Involvierung in die Finanzmarktkrise bleibt die Sparkasse verschont (ebenso wie von den aktuellen Personal-Turbulenzen der Kölner).

Zusammenfassend: Kooperationen oder Fusionen können Synergien zum Nutzer aller beteiligten Partner freisetzen. Dabei sind allerdings mögliche unerwünschte "Risiken und Nebenwirkungen" sehr gründlich in jedem Einzelfall zu prüfen. Politik hat ebenfalls dafür zu sorgen, dass sich Bürgerinnen und Bürger in ihrer Stadt „wohl und sicher“ fühlen.

Wenn die Stadt Leverkusen ein starker Partner im Regionalverbund sein will, muss sie ihre Eigenständigkeit erhalten und ihre vorhandenen Stärken gezielt ausbauen. Als „Köln-Nord“ oder „Düsseldorf-Süd“ würden die Bürger der Stadt Leverkusen wesentlich an Lebensqualität verlieren.

\*\*\*\*\*

\*\*\*\*\*

**Demografischer Wandel, Bildung und Wissen**  
**Qualifizierte Menschen, zukunftsfeste Standorte**

Die Wirtschaft fragt:

Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus dem demographischen Wandel?

Welche Maßnahmen erscheinen Ihnen geeignet, um dem Fachkräftebedarf der regionalen Wirtschaft durch Investitionen in Bildung und Integration Rechnung zu tragen?

**Freie Wähler OWG-UWG antworten:**

Für uns ist das Thema „Demografischer Wandel“ ein Top-Thema auf der kommunalpolitischen Agenda. So fordern wir seit längerem seitens der Stadt ein professionelles Demographiemanagement (wie z.B. in Bielefeld), was sich nicht nur auf die Personalfragen innerhalb der Verwaltung, sondern vorrangig auf die kommunalpolitischen Auswirkungen der sich ändernden Altersstruktur der Bevölkerung bezieht.

**Leverkusen als „Wohlfühlstadt“ für alle Altersklassen ist unser Ziel.**

Es darf nicht zu einem „Fachkräftemangel“ in Leverkusen kommen. Dabei ist zuerst die Wirtschaft selbst gefordert. Sie muss mit ihren (zum Teil ja auch noch nicht durchdachten) Vorstellungen und daraus resultierenden Handlungsfeldern auf die Kommunalpolitik zugehen.

In einer Stadt, in der sich jeder „wohl“ fühlt, sollte es nicht zu einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften kommen.

\*\*\*\*\*

\*\*\*\*\*

**Wissenschaft fördern heißt Wirtschaft stärken**

Die Wirtschaft fragt:

Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie, um den Wissensstandort voranzubringen?

**Freie Wähler OWG-UWG antworten:**

Das sind die klassischen Beispiele für Kooperationen, die funktionieren. Insoweit werden wir diesen Prozess so weit unterstützen, wie es möglich ist.

In der Berufsausbildung hat sich das duale System der Vernetzung und Kooperation von Berufsschule und Betrieb fraglos bewährt. Im Bereich der Hochschulbildung sind Netzwerke von Hochschule und Wirtschaft ausbaufähig. Die Chancen der gegenseitigen Unterstützung und des Wissenstransfers müssen zukünftig erheblich intensiver genutzt werden. Dies ist aber nicht ein Arbeitsfeld, auf dem die kommunale Politik nennenswerte Kompetenzen hat. Gefragt sind hier die Länder, der Bund und natürlich die Wirtschaft selbst. Die Kommunen können nur lokale Rahmenbedingungen schaffen oder ausbauen. In Leverkusen eröffnet die Dependence der Kölner Fachhochschule alle Chancen für die regionale Wirtschaft, sich in einen Wissenschafts- und Forschungsverbund einzubringen.

Wir werden unsere Kraft auch dahingehend einsetzen, gemeinsame Konzepte zu erarbeiten – sehen uns hier aber nicht in der Entwicklerrolle sondern mehr in der unterstützenden.

\*\*\*\*\*

\*\*\*\*\*

## **Berufsfindung - rechtzeitige Orientierung unterstützen**

Die Wirtschaft fragt:

Welche Konzepte und Maßnahmen können die Berufsfindung sinnvoll begleiten?

### **Freie Wähler OWG-UWG antworten:**

An den Leverkusener Schulen, insbesondere der Sekundarstufe I, aber auch der Sek. II, werden Berufsvorbereitung und Berufseinstiegsbegleitung seit vielen Jahren und zunehmend konsequenter als wichtige Aufträge wahrgenommen. Das Fach "Wirtschaft" als integraler Bestandteil der "Arbeitslehre", Kooperation mit der und Vor-Ort-Beratung durch die Arbeitsagentur, die regelmäßigen Schüler-Betriebspraktika in den Jahrgängen 8/9, bzw. 9/10, simulierte Vorstellungsgespräche sind seit langem bewährte Instrumente. Von einigen, aber noch nicht von allen Schulen eingesetzt, aber weil hilfreich, generell zu empfehlen ist der "Kompetenzcheck". Der "Berufswahlpass" ist ein wesentliches Hilfsmittel, die berufsvorbereitenden Bemühungen der Schulen durch die komplette Schulzeit der Sek. I zu systematisieren und zu evaluieren. Den Schüler leitet er zu systematischer eigener Auseinandersetzung und zur gezielten Vorbereitung auf den Berufseinstieg an. Ausbildungsbetrieben hilft er, sich ein besseres Bild von einem Ausbildungsplatz-Bewerber zu machen. Dieses Instrumentarium sollten u. E. alle Schulen einführen. Einige Schulen haben ein "Berufs-Orientierungs-Büro" eingerichtet. Dort bietet sich Schülern auch der direkte Draht zum "Berufs-Einstiegs-Begleiter". Wo dies noch fehlt, sollten Schulen nachrüsten. Soweit noch nicht geschehen, sollten Schulen Partnerunternehmen vor Ort suchen. Schulen sollten darüber hinaus die Zertifizierung als besonders qualifiziert für Berufsorientierung und Berufsvorbereitung anstreben (wie z. Z. Erfolg versprechend die Kath. Hauptschule in Opladen).

Es geschieht also in unseren Schulen und in deren Kooperation mit außerschulischen Einrichtungen bereits viel. Gleichwohl ist an dieser Stelle der Ball an die Wirtschaft zurückzuspielen: Alle Berufsvorbereitungs- und Berufseinstiegshilfen können nur so effektiv sein, wie dahinter auch Berufsmöglichkeiten stehen. Die beste Ausbildungsberatung wird leicht zum stumpfen Schwert, wenn kein Ausbildungsangebot dahinter steht.

\*\*\*\*\*

\*\*\*\*\*

## **Schul- und Bildungspolitik - ausbildungsreife Schüler erziehen, Begabte fördern**

Die Wirtschaft fragt:

Welche Maßnahmen sind sinnvoll, um den Schulen die Erziehung ausbildungsreifer Schüler zu erleichtern?

Was planen Sie in Sachen (Hoch-) Begabtenförderung?

Wie können Sie die Errichtung des "Campus Leverkusen" unterstützen?

### **Freie Wähler OWG-UWG antworten:**

- Leverkusen bietet ein sehr breites und differenziertes Bildungsangebot, das die Konkurrenz mit vergleichbaren Kommunen nicht scheuen muss. Qualifizierte Förderschulen bieten Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichsten Defiziten eine angemessene Förderung.  
Haupt-, Real-, Gesamtschulen und fünf Gymnasien bieten ein breit gefächertes Bildungsangebot auf allen Begabungsniveaus in der Sekundarstufe I und II. Ergänzt wird dieses durch die umfangreichen Bildungsgänge der drei Berufskollegs.  
Bilinguale Zweige bieten Schülern mit besonderer Begabung ein erweitertes Bildungsangebot. Am Werner-Heisenberg-Gymnasium besteht die Möglichkeit, das internationale Abitur zu erreichen. Besondere naturwissenschaftliche Ausrichtungen tragen den Erwartungen der regionalen Wirtschaft Rechnung.
- Die Erfassung und Förderung so genannter „Hochbegabter“ muss bereits sehr früh erfolgen.  
Zielführende Maßnahmen:
  - Spezielle IQ-Tests bei Schuleinstellung bereits in der Grundschule
  - Förderung durch Hochbegabtenklassen
  - Außerschulische Angebote durch qualifizierte Bürger/Berufserfahrene
  - Kurse und Angebote von Firmen
  - Angebote von HochbegabtenpraktikaGenerell alles unter Einbeziehung von Fachkompetenz (Psychologen, Vereine, etc. nicht zuletzt die Wirtschaft als möglicher „Nutznießer“).
- Der in Vorbereitung befindliche Campus der FH Köln wird den Bildungsstandort Leverkusen nachdrücklich stärken. Die erfreulich hohe Qualität zu erhalten, zu pflegen und weiter auszubauen ist gleichermaßen Aufgabe von Politik, aber auch der Wirtschaft. die unmittelbarer Nutznießer dieses Angebots ist.  
Ebenfalls ist eines der maßgeblichen Ziele die weitestgehende Schaffung der Rahmenbedingungen um hier ein optimales Lernumfeld zu gestalten. Die Voraussetzungen sind denkbar gut, über hochqualifizierte Gymnasien, ausbaufähiges Wohnumfeld (Kultur und Gastronomie) über hervorragende Verkehrsanbindungen und hoch innovative Firmen. Wir stellen uns vor, mit allen Beteiligten (Wirtschaft, Universität, Bürgern, Studenten, Politik und Verwaltung) in Opladen einen Campus zu bauen, der als Basiselement auch für die weitere Entwicklung (Vision) von Leverkusen dienen wird.

\*\*\*\*\*

\*\*\*\*\*

## **Infrastruktur**

### **Planung und Entwicklung - attraktive Stadträume schaffen, Standortvorsorge treffen**

Die Wirtschaft fragt:

Was werden Sie unternehmen, um die Unterstützung der Politik für die Begleitung und Umsetzung der neuen WFL-Strategie sicher zu stellen?

Wie setzen Sie sich für die Errichtung eines neuen Bahnhofs und die städtebauliche Nutzung der Flächen, die durch die Zusammenlegung der Gleise entstehen, ein?

#### **Freie Wähler OWG-UWG antworten:**

- Wir unterstützen die neue Strategie der WFL.  
Wirtschaftsförderung muss in die Hände derer, die Experten sind. Insoweit muss die Wirtschaftsförderung Leverkusen a) personell gestärkt und b) mit Fachwissen und Expertise ausgestattet werden.  
Hier gilt es sachorientierte Gremien zu schaffen, neutrale Wirtschafts- und Stadtentwicklungsprofis zu rekrutieren und der WFL die Kompetenz zu geben, wirtschaftspolitische Entscheidungen zügig umzusetzen. Diese Konzepte unterstützen wir. Dass damit ein Umdenken der Verwaltung, des Bürgers und der politischen Landschaft verbunden ist, ist uns bewusst.  
Neben intensivem Bemühen um industrielle und gewerbliche Neuansiedlungen ist von der WFL zu erwarten und zu fordern, dass sie einen engen Kontakt zu den bereits ortsansässigen Wirtschaftsunternehmen pflegt. Aus einer institutionalisierten Kommunikation und Kooperation heraus lassen sich auch gemeinsame Denkanstöße an die kommunale Verwaltung entwickeln, die zu strukturellen Verbesserungen im wirtschaftsrelevanten Verwaltungsablauf führen können.  
Wir werden den Umdenkungsprozess in Richtung eigener „Marke Leverkusen“ aktiv begleiten. Allerdings muss hier auch vertrauensvoll seitens der Wirtschaft agiert werden.  
WFL und ihre Partner brauchen Planungs- und Umsetzungssicherheit. Sich verlassen dürfen heißt auch verlässlich sein.
- Wir unterstützen das Projekt der „Neuen Bahnstadt Opladen“ nachdrücklich.  
Es ist nicht nur für Opladen, sondern für ganz Leverkusen stadtentwicklungspolitisch von großer Bedeutung. Wir werden alles Mögliche unternehmen, dass Opladen ein Bahnhofsgebäude bekommt, welches der Bedeutung der Stadt und der „Neuen Bahnstadt“ entspricht. Falls möglich unter Nutzung alter Strukturen (z.B. die Bahnsteigdächer). Was die Nutzung des Bahnstadt-Geländes angeht, so sind Konzepte vorhanden. Diese unterstützen wir. Des weiteren muss auch das Umfeld entwickelt werden.

\*\*\*\*\*

\*\*\*\*\*

**Staufreier Verkehrsfluss**

Die Wirtschaft fragt:

Wie gewährleisten Sie, dass Opladen nicht während der jahrelangen Bauphase der neuen Bahnstadt in ein dauerhaftes Verkehrschaos gerät?

Können Sie sicherstellen, dass der neue Stadtteil durch die Brücke an der Wilhelmstraße gut an die Innenstadt von Opladen angebunden wird?

Wie werden Sie in Zukunft die Planung des Ausbaus der A3 unterstützen?

**Freie Wähler OWG-UWG antworten:**

- Wesentlicher Bestandteil der Gesamtplanung "Neue Bahnstadt Opladen" ist die neue Bahnallee. Ihre Realisierung setzt die Verlegung der Güterzuggleise voraus. Sie ist dann aber unverzüglich in Angriff zu nehmen. Die neue Bahnallee wird nicht nur in der Bauphase sicherstellen, dass es nicht zu einem dauerndem Verkehrschaos kommt, sie wird vielmehr auch dauerhaft die Opladener Innenstadt / die Achse Kölner Str./Düsseldorfer Str. von Durchgangsverkehr entlasten. Zu überlegen ist weiter, inwieweit verkehrslenkende bzw. –vermeidende Maßnahmen getroffen werden können. Nur in Zusammenarbeit mit Experten und der Bürgerschaft können hier Lösungen erarbeitet werden. Mögliche Ansätze könnten sein, Busticket statt Auto, Verkehrsberuhigung des Opladener Innenstadtbereiches (Shuttle Service), Intelligente Verkehrsführungen, Nutzung/Erweiterung nahe liegender Parkflächen, etc.
- Die Maßnahme Wilhelmstr. existiert nur durch unseren Einsatz. Wir glauben nicht, dass die geplanten Anbindungen reichen, aber hier muss sich künftig zeigen, inwieweit, wo und unter welchen Kosten, weitere Anbindungen notwendig sind. Der Brückenkopf Richtung Opladener Neustadt war eine richtige Entscheidung. Die Brückenverbindungen an der Wilhelmstr. und von der Lützenkirchener Str. zur Bahnhofstr. sind unverzichtbar. Ohne sie bliebe die neue Bahnstadt auf Quettinger Seite von Opladen abgekoppelt. Die neue Bahnstadt kann - und wird - die Situation in Opladen grundlegend verbessern. Sie wird mit den zukünftigen Bewohnern der Bahnstadt, den dort arbeitenden Gewerbetreibenden und den an der Fachhochschule Studierenden neue Kaufkraft für den Opladener Einzelhandel, wie auch für die Opladener Gastronomie bringen. Notwendig dazu ist aber eine klare, funktionstüchtige Anbindung an die Innenstadt. Wichtig ist dafür auch eine kreative Gestaltung des zukünftigen Bahnhofs und Bahnhofumfelds als attraktives Eingangstor zur Innenstadt.
- Der Knotenpunkt Europas muss zukunftsfruchtig ausgebaut werden – allerdings sind die Konzepte auch nur mit der Bürgerschaft und den weiteren Beteiligten (z.B. WFL) umzusetzen. Denn Erhalt und Ausbau der positiven Standortfaktoren sollten Kernaufgaben sein. Der Ausbau des Kreuzes A1/A3 wird kommen und sollte innerhalb der vorhandenen Grenzen ertüchtigt werden.

\*\*\*\*\*

\*\*\*\*\*

**National und international renommierte Wirtschaftsregion**

**Stärken und Schwächen prüfen, Standort bewerben**

Die Wirtschaft fragt:

Wie kann die Region ihrer Rolle in einer künftigen Metropolregion gerecht werden?

**Freie Wähler OWG-UWG antworten:**

Wir wollen unsere Stadt Leverkusen mit einem eigenen Profil.

Die „Wohlfühlstadt am Rhein“ aber nicht „Mitglied der Metropolregion ....“.

Das will auch der Bürger nicht so.

Trotzdem sehen wir in der regionalen Zusammenarbeit auch Chancen und werden uns aktiv an den verschiedensten Projekten beteiligen.

\*\*\*\*\*

\*\*\*\*\*

### **Internationalisierung des Standortes**

Die Wirtschaft fragt:

Welche Maßnahmen planen Sie, um die Region weiter zu internationalisieren?

#### **Freie Wähler OWG-UWG antworten:**

Leverkusen bietet bereits heute sehr günstige Voraussetzungen für eine Internationalisierung des Wirtschaftsstandorts. Eine nicht unbedeutende Zahl großer und mittelständischer Unternehmen ist global aktiv. Die Attraktivität Leverkusens im internationalen Rahmen ergibt sich auch bereits aus „Zielvorstellungen“ einzelner Firmen z.B. der attraktivste Chemiapark Europas zu sein.

Die Stadt Leverkusen ist mit dem chinesischen Wuxi eine Wirtschaftspartnerschaft eingegangen. Diese muss über den gelegentlichen freundschaftlichen Gedankenaustausch hinaus gehen und offensiv als Fuß in der Tür zur Anwerbung investitionswilliger Unternehmen genutzt werden.

Für das Einwerben und die soziale Einbindung internationaler Führungskräfte sind in der Tat noch manche Verbesserungen möglich.

Aufgrund dieser bestehenden Anforderungen und Chancen müssen gemeinsame Maßnahmen getroffen werden.

Auch die Einrichtung einer internationalen Schule sollte geprüft werden.

Nachzudenken ist aber auch – als erster Schritt – die Einrichtung internationaler Klassen an bestehenden Schulen, insbesondere Gymnasien. Zu denken ist etwa die Umstrukturierung bestehender bilingualer Klassen zu internationalen Klassen mit der Zielsetzung eines internationalen Abiturs (das am Werner-Heisenberg-Gymnasium bereits angeboten wird). Bevor solche Möglichkeiten in konkrete Planungen einmünden können, müsste zunächst eine mögliche oder bereits bestehende Nachfrage ermittelt werden.

Hierzu könnte die IHK ein sehr hilfreicher Partner des Schuldezernats sein.

\*\*\*\*\*